

Newsletter IT/IP/Datenschutz

1/2016

[E-Commerce - Neue Informationspflicht zur Online-Streitbeilegung](#)

Seit dem 9. Januar 2016 sind Onlinehändler verpflichtet, Verbraucher über die Möglichkeit zur Online-Streitbeilegung durch die Streitbeilegungsstelle zu informieren. Dazu müssen sie einen für Verbraucher leicht zugänglichen Link zur Online-Streitbeilegungs-Plattform einstellen. Der Link ist zu setzen auf: <http://ec.europa.eu/odr>. Ratsam erscheint die Verlinkung in der Fußzeile. Der Service startet allerdings erst ab 15. Februar 2016.

[Wettbewerbsrecht - BGH zur Haftung für Hyperlinks](#)

Der BGH (Az.: I ZR 74/14) hat am 6. Januar 2016 seine Rechtsprechung bestätigt, dass ein Unternehmer für einen Link haftet, der auf wettbewerbswidrige Inhalte verweist, wenn er sich diese zu Eigen macht. Das sei dann nicht der Fall, wenn der Link nur auf eine Startseite verweist und nicht direkt auf rechtsverletzende Unterseiten. Laut BGH ist maßgeblich, ob der verständige Durchschnittsnutzer erkennen kann, dass der Linksetzende sich nicht für alle Inhalte der verlinkten Internetseite verantwortlich fühlt. Die Entscheidung des BGH finden Sie [hier](#).

[Wettbewerbsrecht - KG zur Hinweispflicht für Versandkosten](#)

Das Kammergericht Berlin hat am 2. Oktober 2015 (Az.: 5 W 196/15) beschlossen, dass ein Online-Shop die Versandkosten für den Versand in das EU-Ausland im Voraus angeben muss. Eine fehlende Angabe verstoße gegen die Preisangabenverordnung (PAngVO). Der bloße Hinweis, dass die Versandkosten auf Anfrage mitgeteilt würden, reiche nicht aus. Die Entscheidung des KG finden Sie [hier](#).

[Datenschutz - Bundestag beschließt Vorratsdatenspeicherung](#)

Das Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten ist am 17. Dezember 2015 verkündet worden. Erbringer öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste sind nunmehr verpflichtet, ab dem 1. Juli 2017 Standortdaten für vier und Verkehrsdaten für zehn Wochen im Inland zu speichern. Das Gesetz finden Sie [hier](#).

[Datenschutz – Nach dem Ende von Safe Harbor – Einigung über Entwurf: „EU-US Privacy Shield“](#)

Die EU Kommission und die US Regierung haben sich über ein neues Datenschutzabkommen geeinigt. Das „EU-US Privacy Shield“ soll die vom EuGH für rechtswidrig erklärte Safe-Harbor Regelung ersetzen. Ein schriftlicher Entwurf liegt noch nicht vor. Die Artikel 29 Gruppe fordert entsprechende Dokumente bis Ende Februar. Bis dahin sollen Unternehmen Daten auf Grundlage von Standardvertragsklauseln und Binding Corporate Rules (BCR) aus der EU in die USA übertragen dürfen.

Die Pressemitteilung der EU-Kommission finden Sie [hier](#), die der Artikel 29 Gruppe [hier](#).

[Datenschutz - OLG Frankfurt a.M. zur Einwilligung in Cookie-Nutzung und Newsletterempfang](#)

Das OLG Frankfurt a.M. hat am 17. Dezember 2015 (Az.: 6 U 30/15) entschieden, dass Nutzer von Webseiten auch im „opt-out“-Verfahren in die Verwendung von Cookies einwilligen können. Im vorliegenden Fall musste der Nutzer ein Häkchen entfernen, um der Cookie-Nutzung zu widersprechen. In der umstrittenen Frage der Zulässigkeit der Kopplung von Gewinnspielen mit der Erhebung von Newsletter-Einwilligungen geht das OLG nun von der Zulässigkeit aus, ohne dies zu begründen. Im konkreten Fall war die Einwilligung aber aus anderen Gründen unwirksam. Die Entscheidung des OLG finden Sie [hier](#).

